

Ende des ungarischen Abenteuers?

Eigener Druckbericht der "Sächs. Volkszeitung".

Berlin, 1. April. Der Habsburger Restaurationsversuch in Ungarn, der gestern als eine ernste Gefahr betrachtet worden ist, ist knapp vor einem kläglichen Ende und rascher, als es den Anschein hatte, gescheitert. Kaiser Karl steht nunmehr vor der Rückkehr in die Schweiz. Wie es gelungen ist, ihn zu einem so schnellen Verzicht auf seine Pläne zu bewegen, ist noch unbekannt. Es geht das Gerücht von der Entfernung einer Republik des Kronprinzen Otto, die vorläufig wenig wahrscheinlich ist.

Aus dem Lager der Karlisten

Wien, 31. März. Eine aus Steinamanger hier einflussreiche Persönlichkeit erzählt über die Vorgänge in Ungarn folgendes: Heute vormittag habe ich Steinamanger passiert. Der Bahnhof war voller Soldaten und Gendarmen. Wie durch den Bahnhof nicht verlassen. Die Straße, die zum Bahnhof führt, prangte im Blasenstaub. Der Eintritt in die Stadt war fast unmöglich. Steinamanger glich einer Stadt, über die das Staubwirbel verhängt wurde. Überall sah man bewaffnete Patrouillen. Durch die Verfolgung wurde die Bevölkerung erst darauf aufmerksam gemacht, welcher Gott sich innerhalb der Mauern der Stadt befand. Ein zahlreiches Militäraufgebot war vor dem bischöflichen Amtssitz aufgestellt. Am Morgen stand eine monarchistische Demonstration vor dem bischöflichen Gebäude. Die Einwohner von Steinamanger sind nicht in der Lage, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten, da das Telefon ausgeschaltet und die Post- und Telegraphenämter von Militär besetzt sind. Es geht das Gerücht um, daß Oberst Behar mit allen seinen Truppen dem König den Treueid geleistet habe.

Wien, 31. März. Es ist Tatsache, daß gestern abend unter Glöckengeläut in Steinamanger die Truppen die Militärdiktatur ausgerufen haben und daß die Truppen des Oberst Behar auf König Karl vereidigt worden sind. Außerdem hat auch eine Illumination stattgefunden. Die ganze Stadt Steinamanger ist festlich besetzt.

Die Ansichten Karls

Wien, 31. März. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird mitgeteilt: Auf Grund der letzten Nachrichten ist die Situation viel ernster aufzuhalten als bisher. Die Wiener Ententekräfte sind der Meinung, daß der Aufenthalt Karls in Steinamanger noch zu schweren Komplikationen Anlaß geben würde. Wie außerordentlich verlautet, bei König Karl in Steinamanger vor den dortigen legitimistischen Vertretern ein politisches Exposé entmündigt. Er versicherte, daß das Einsetzen der Regierungsgewalt durch den Kaiser für Ungarn fernwegs die Folgen haben werde, die von vielen Seiten befürchtet würden. Der Kaiser meinte, daß auch die Drohungen der kleinen Entente-Staaten, Ungarn mit Krieg zu überziehen, noch verhältnißmäßig wären, und daß auch der Ansicht, daß die große Entente sich mit platonischen Protesten begnügen werde, wenn einmal eine Einheitlichkeit in der ungarischen Königsfrage herstelle. Man brauche sich nur an die griechische Königsfrage zu erinnern, um überzeugt zu sein, daß die große Entente keine Gewaltmaßnahmen gegen Ungarn in Anwendung bringen werde. Das Beispiel König Konstantins spreche für diese Auffassung.

Von jugoslawischer Seite wird erklärt, daß für den Fall, daß tatsächlich König Karl in Budapest den Thron besiegen würde, die Jugoslawen sofort Ungarn mit Krieg überziehen würden.

Die Auffassung in Wien

Wien, 31. März. Die Polit. Korresp., erfährt, daß in der Aussicht auf den früheren Kaiser Karl ein Schrift anderer Mächte bei der österreichischen Regierung unternommen wurde. Die Regierung betrachte die Angelegenheit zunächst als eine ungarische und ist der Auffassung, daß sie im eigenen Weltkreis alles vorgeesehen habe, um eine Besiedlung der einzelnen Interessen hinzuhalten. Von sozialem demokratischer Seite wurde das Präsidentenamt beauftragt, in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Neuerungen die Mäßigung des ehemaligen Kaisers nach Ungarn sofort zur Sprache zu bringen und bei dem Präsidenten des Nationalrates die sofortige Einberufung des Hauses zu beantragen. Es sei unbedingt notwendig, daß unter Mitwirkung der Volksvertretung entschieden werde, ob und unter welchen Umständen die Rückkehr Kaiser Karls von Habsburg durch Deutsches Reich zugelassen werden kann. Infolge der außerordentlichen Ereignisse der letzten Tage wurde der Nationalrat für Freitag, den 1. April nachmittags 8 Uhr, einberufen.

Berlin, 31. März. Von diplomatischer Seite wird der "Nationalzeitung" mitgeteilt: Es ist grundsätzlich, die in Ungarn eingehende Situation als eine Wendung zum Bürgerkriege aufzufassen. Die Rückkehr König Karls in seine Hauptstadt entspricht sich immer mehr und mehr als ein abgelautes Spiel zwischen Karl, Frankreich und dem Reichsverweser Beuth. Frankreich lasse vermutlich der ungarischen Regierung vorerst keinen Standpunkt wie folgt erklären: Prinzipiell habe Frankreich gegen Karl nichts einzurichten. Es will nur jede französische Verwicklung zwischen den Nachfolgestaaten und Ungarn vermeiden. Aus diesem Grunde kann es nicht offen seine Zustimmung zu dem Staatsstreich geben. Sollte aber ein solcher Staat entstehen, so wäre damit eine völlig neue Lage geschaffen, und die französische Regierung würde sich dann ihre Entscheidung vorbehalten müssen.

Es ist bereits festgestellt, daß Kaiser Karl mit einem englischen Va unter dem Namen William Good, als Jäger verkleidet und mit einer Automobille, gefahren ist. An der steierisch-ungarischen Grenze hat ihn ein Gendarm festgestellt und passieren lassen, ohne ihn zu erkennen.

Am Gegensatz hierzu steht eine Meldung aus Wien, die besagt, daß die Wiener Ententekräfte mit Entzündung der Gerüchte zurückweisen, die behaupten, daß sie von den Pionieren Karls gewußt hätten. Der französische Vertreter in Budapest als Erster gegen die Einreise Karls protestiert.

Appell an die ungarische Nationalversammlung

Budapest, 31. März. Die Nationalversammlung ist noch vor Ablauf der Osterferien auf Wunsch der Abgeordneten für den 1. April einberufen worden.

Wien, 31. März. Wie die "Politische Korrespondenz" erfährt, teilte der ungarische Geschäftsträger der österreichischen Regierung mit, daß Östönig Karl in die Schweiz zurückkehren werde.

Nach Mitteilungen einer Korrespondenz ist es wahrscheinlich, daß Östönig Karl in Steinamanger zunächst den Verlauf der morgigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung abwarten werde.

Frankreich zum Verschluß Karls

Paris, 31. März. Die Pariser Presse beschäftigt sich eifrig mit den Ver suchen, den schwächeren Kaiser Karl den ungarischen Thron beizubringen zu lassen. "Petit Parisien" sagt: Zweie Umstände hätten den Übergang herbeigeführt. Einmal scheint es, daß in Ungarn die Anhänger der Wiederherstellung der Monarchie nicht so zahlreich und so entschlossen seien, wie man vor einigen Monaten hätte annehmen können. Alsdann hätte man bedenken müssen, daß die Großmutter, die den Friedensvertrag von Trianon unterzeichneten und die Nachfolgekönige Österreich-Ungarns gewisse Absichten untereinander getroffen hätten, sich einer monarchistischen Zuständigkeit entgegenstellten. Es sei aber nicht zweckmäßig, daß sich die Ereignisse nicht hätten vollziehen können, wenn nicht gewisse tendenzielle Berichte den Glauben zu bestärken vermochten, die französische Regierung sei der Rückendeckung entzogen. Fürsten nicht ungünstig gestimmt. "Echo de Paris" ist der Ansicht, daß der

Wolfschenfall infolgen Folgen nach sich ziehen werde, als die Aussichten für die Wiederherstellung der Monarchie deutlich schlechter ständen als gestern. Man müsse aber die öffentliche Aufmerksamkeit infolge dieses Vorganges auf die ungarischen Angelegenheiten lenken. Der Friedensvertrag von Trianon sei noch nicht ratifiziert. Seit einem Jahre seien die abenteuerlichen Unternehmungen nach verschiedenen Richtungen hin in Ungarn ins Werk gesetzt worden. Die Südländer hielten noch gewisse Gebietsteile bereit, die ihnen der Frieden mit Italien nicht zugesprochen. Man müsse mit allerhand ein Ende machen und Entschlüsse fassen. Der "Gaulois" schreibt: Wenn eine monarchistische Wiederherstellung in Ungarn erfolge, dann sei die Gefahr verhindert, daß das ehemalige Königreich in seinen alten Grenzen wiederersteht. Damit werde Serbien seine Erwerbungen verlieren, die Tschechoslowakie verschwinden und Italien werde sich aus einem gefährlichen Gegner gegenüberfinden.

Die Haltung der Entente

Rom, 31. März. (Stefani-Meldung.) Die Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn hat in diplomatischen Kreisen Nebensache gemacht. Schon Handelskönig könnte für Ungarn das Frieden und Ruhe brachte, erste Folgen haben. Die Kabinete der Entente tauschen miteinander Noten aus, sind aber darin einig, eine Restauration zu verhindern. Ein Vorschlag der Entente für den Fall eines derartigen Verlustes ist seit langem festgesetzt. Es ist sicher, daß die Entente jetzt entschlossen ist, die Angelegenheit so schnell wie möglich zu erledigen.

Der Kampf um den Zwang

Prag, 31. März. In der Angelegenheit der Entwicklung der Sanktionen von Seiten der tschechoslowakischen Regierung und der Alliierten seit einigen Tagen Verhandlungen statt. Weil die tschechoslowakische Regierung noch die Alliierten haben jedoch bisher ihren definitiven Standpunkt kundgegeben.

Ein Strafverfahren gegen oberschlesische Blätter

Breslau, 1. April. Nach einer Meldung der "Voss. Zeit." hat die interalliierte Kommission gegen die verantwortlichen Redakteure des "Oberschles. Banderer", des "Oberschles. Angelegs.", des "Oberschles. Rogenpost" und des "Opelner Blg." ein Strafverfahren vor dem Sondergerichtshof in Oppeln anhängig gemacht. Alle werden beschuldigt, am Vorabend der Abstimmung eine falsche Nachricht von der Schließung der Warschauer Börse gebracht zu haben, die genau gewesen sei, die öffentliche Ordnung zu stören. Die Verhandlung findet am 5. April statt.

Die Regelung der Geldverteilung

Breslau, 31. März. Nach einer Meldung der "Voss. Zeit." hat die interalliierte Kommission zur Durchsetzung der vorgebrachten Verordnungen gefordert. Der Gesamtbericht der Interalliierten Kommission wird angeblich das Abstimmungsergebnis in eine rein polnische, eine rein deutsche und eine gemischte nationale Zone zerlegen. Sollte dies der Fall sein, so ist schon jetzt anzunehmen, daß es eine rein polnische Zone tatsächlich nicht gibt, es sei denn, daß man den ganz kleinen östlichen Grenzstreifen des Landkreises Stettin und die daran anstoßende Nordostecke des Kreises Pölz politisch nennen will.

Die griechisch-französischen Kämpfe

Konstantinopel, 30. März. Der anatolische Kriegsbericht vom 29. März meldet, daß auf der Front von Erzufra sämtliche Angriffe der Griechen abgewiesen wurden und daß die femalistischen Gegenangriffe die Griechen zwangen, sich auf ihre Ausgangsstellung zurückzuziehen. Von der Front bei Asmid werden nur Patrouillenunternehmungen gemeldet. Die Nationalversammlung in Angora hat beschlossen, sofort die drei Jahreszölle 1911, 1912 und 1913 und sämtliche Offiziere zu den Waffen zu rufen.

Konstantinopel, 30. März. Nach den letzten Meldungen aus Anatolien wird das femalistische Herz auf der Linie Eritsche-Eustum-Karabissar zusammengezogen, wo es zweifellos zu den ersten ernsthaften Zusammenstößen kommt. Im Hintergrunde wird eifrig an der Schaffung einer zweiten Verteidigungslinie gearbeitet. Fünf weitere Jahrgänge wurden dringlich unter die Fahnen gerufen.

London, 31. März. Die "Times" meldet aus Konstantinopel die Einnahme von Ägäis-Schehr durch die griechischen Truppen.

Aus dem Reichskohlenrat

Berlin, 31. März. Der Reichskohlenrat trat heute zu einer Vollversammlung zusammen. Staatssekretär Hirsch bekannte, die Steinkohlerzeugung sei gegen 1919 um 40 Prozent, die Braunkohlerzeugung sogar gegen den Friedensstand um 40 Prozent gestiegen. Dies habe die Vermehrung der Belegschaften um über 125.000 Köpfe verursacht. Wohl kein Volk der Welt habe in dem schwiersten Berufe so Bedeutendes geleistet und eine so gewaltige Umschuppierung von Menschen vorgenommen. Es habe seine Bereitwilligkeit gefunden, die Kosten des Friedens auf sich zu nehmen. Produktionsförderung und Betriebsaufschwung seien die Forderung des Tages. Redner schloß: Unsere Exportindustrie darf sich nicht länger auf die Valutaaufnahme einstellen. Sie muß daher den Selbstosten entsprechend erhöhen. Die Entente hat bis heute 24 Millionen Tonnen Kohlen erhalten. Das habe den Infekt zur Folge, daß bei uns Arbeitslosigkeit aus Kohlenangel herrscht, während in England Arbeitslosigkeit aus Nebenfaktor an Kohlen herrscht. Auch in Frankreich seien die Verhältnisse ähnlich. Der Weg der plumpen Materiallieferung muß verlassen werden, so daß Deutschland anstatt Naturalieferungen machen zu müssen, in der Lage wäre. Geldzahlungen zu leisten.

Angenommen wurde die vom großen Ausschuß festgesetzten Bestimmungen über die Regelung der Brennstofflieferung, nachdem der Reichskohlenkommissar die mögliche Verhinderung der berechtigten Wünsche des freien Handels angesagt hatte.

Deutschnationale Agitationsversuche

Die Deutschnationale Partei gibt nunmehr ein katholisches Wochenblatt heraus. Es sollen darin alle Fragen politischer Natur vom Gesichtspunkt des politisch rechtsstehenden Katholiken betrachtet werden. Wie ehrlich von der Deutschnationalen Partei, plötzlich ihr katholisches Herz zu entdecken! Wie Glück werden sie damit nicht haben. Sonst müßten sie zuerst die ganze Geschichte früherer Taktik gegen die Katholiken aus den Gedächtnissen der Katholiken auslöschen.

Nachrichten aus Sachsen**Ungehinderte Hege der Kommunisten**

Eine Dresdner Korrespondenz schreibt: Allgemeine Verwunderung erregt es, daß die sächsische Regierung nichts gegen die beiden kommunistischen Organe "Das Volksblatt" in Dresden und den "Kämpfer" in Chemnitz unternimmt, die schon seit mehr als einer Woche in jeder Nummer in wahnwitziger Weise ganz offen und unbedekt zu Gewalttaten aufzutreten, die die Arbeiterschaft zum Straßenkampf zu treiben versuchen und die in den Mittwochnummern zur Wahl politischer Arbeiterräte in den Betrieben aufzordnen, also ganz offen die gewalttame Bekämpfung der Regierung betreiben. Die Frucht dieser aufhe-

rischen Tätigkeit sieht man in Pirna, wo bereits die Nährerpublik ausgerufen worden ist. Das politische Verhalten gegen diese beiden Parteien wird damit begründet, daß deren Abgeordnete Weiber und Männer und Frauen über Abgeordnete finden und als solche den Schutz der Community geniessen.

— Chemnitz. Der kommunistische Generalstreikparole ist seitens der Chemnitzer Arbeiterschaft keine eigene gegen uns ausgetragene Partei, sondern die Arbeiterschaften, welche die Arbeiterschaften anstreben, wollen, vergrößert. Beim Schuhfabrik im Stadtteil Zorn, der nur Arbeiterschaft als Rollendarbeiter beschäftigt wird, ist jedoch ein einziger Arbeiterschaft zu Arbeit erzwingen.

— Meissen. In der Wohnung des Arbeiters Bremann ereignete sich eine Explosion im Raum, der verdeckt wurde. Später fand man eine Sprengstoff. Es wird ein verdeckter Anschlag vermutet.

— Leipzig. Die Sammlung "Deutsche Einheitshilfe" in Leipzig ist abschließend, sie hat einen Betrag von 700.927,50 Mark erzielt, davon 328.321,54 Mark zur unmittelbaren Verwendung in Leipzig gelungen, während der andere Teil an den Landesausdruck nach Dresden zur Verteilung für Reich und Land abgeführt wird.

Aus Dresden**Großdresden**

— Mit dem heutigen Tage geben 20 Vorsteher in der Stadt auf. Die Namen der eingeweihten Ortsältesten sind Kochberg, Bühlau, Weiher, Höchstädt, Loschwitz, Laubegast, Kleinlazdowitz, Leuben, Dobritz, Coswig, Kleinpestitz, Naundorf, Strehlen, Weintraub, Leutewitz, Oberlößnitz, Niedergörsdorf, Loschwitz. Die Einweihung ist mit einer kleinen Feier verbunden.

— Zu den Kommunalkontrollen wird uns mitgeteilt, daß von den am 2. Osterfeiertag festgenommenen Personen 17 der böhmen Staatsanwaltschaft zur weiteren Untersuchung zugestellt werden sind. Sie sind zum größten Teil Mitglieder der Revolutionären Kommunistischen Partei und der Arbeiterunion. Ein großer Teil der zugehörigen Personen ist den Behörden bereits wegen ihrer kommunistischen Belästigung bekannt.

— Das 50jährige Bergjubiläum feiert heute Herr Richard Schönfelder. Der selbe ist als Schriftsteller seit Gründung der "Sächsischen Volkszeitung" in dieser tätig. Aus Anlaß seines Jubiläums werden ihm von Seiten der Buchdruckerinnung, des Geschäfts- und Betriebspersonals zahlreiche Ehrungen und Glückwünsche zuteil.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Der Franziskanerpater Epiphanius aus Düsseldorf, der am Sonntag in Leipzig-Lindenau und in der nächsten Woche in Radeberg und in Kamenz Missionspredigten hält, kommt für den 9. bis 12. April auch nach Dresden. Alle Mitglieder unserer Pfarrgemeinden werden gebeten, die Anzeige in der morgigen Nummer zu beachten.

Letzte Telegramme**Die Lage in Bayern**

München, 1. April. Hier ist wieder eine Anzahl von tomunischen Flugblattverteilern verhaftet worden, darunter Personen mit Sozialabzeichen. Russen ohne Ausweis werden sofort als lästige Ausländer an die Grenze geschafft. Die Gemeindekontrolle wird verstärkt werden. Die einkaufende Bürgerschaft werden von der Landespolizei durchsucht. Alle Bewohner müssen sich ausweisen. Die Schilderbehandlungen gegen den Reichsangehörigen Wendelin Thomas wegen Aufreizung zum Klassenkampf ist bereits auf morgen festgesetzt worden. Die für Norddeutschland bestimmten böhmisches Reisegruppen beschäftigt Oberst v. Opp.

München, 31. März. Unter dem Verdacht hochverräterischer Antideutsche wurden hier sieben weitere Führer der Kommunisten festgenommen.

Militärische Vorsichtsmaßnahmen

Gotha, 31. März. Die Reichsregierung hat auf dem Erprobungszug Oberdrus 6000 Mann Reichswehr zusammengezogen, zur etwa notwendig werdenden Verwendung in Mitteldeutschland.

Beraniert: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Köring; für den Justizteil: Peter Schad. — Druck und Verlag der "Saxonia-Buchdruckerei" C. m. b. o. zu Dresden.

Kaffee**Großrösterie**

Alfred Klemm, Dresden, Webergasse, Ecke Wallstr.

Fernsprecher 22929

empfiehlt feinste Mischungen

Niederlagen durch Plakate kennlich.

418

Dresdner Kurse vom 1. April 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere	
------------------------	--